



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/276 - 27.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

| | |
|-------------------------------|------|
| Überraschung im Westen | S. 1 |
| Die Parteien in Frankreich | S. 3 |
| Steuerdschungel | S. 5 |
| Selbstüberprüfung der Ost-CDU | S. 7 |

Der Gegenzug Moskaus

(sp) Man weiß, daß die Russen zu den besten Schachspielern der Welt gehören, eine Kunst, die sie auch auf dem Felde der Diplomatie beherrschen. Die letzte Note ist ein solcher Schachzug, von dem man zur Stunde noch nicht weiß, welche Absichten im einzelnen Moskau damit erreichen will. Eines hat die Note erreicht: Der Überraschungseffekt ist vollkommen.

Der Wortlaut der Note ist noch nicht bekannt. Selbst der amerikanische Botschafter in Moskau, Charles Bohlen, erfuhr von der Tatsache der Absendung dieser Note erst durch den sowjetischen Rundfunk, ein ganz ungewöhnlicher Vorgang. Immerhin liegen Anhaltspunkte über den Inhalt vor, die mit allem Vorbehalt registriert seien: Die Note soll relativ kurz, der Vorschlag einer Konferenz der vier Außenminister in Berlin soll ohne Terminangabe, aber auch ohne politische Bedingungen gemacht sein. Im übrigen ist man zu dieser Stunde noch auf Vermutungen angewiesen.

Dabei herrschen zwei Gesichtspunkte vor: Die angebliche sowjetische Absicht, die Abstimmung in der französischen Nationalversammlung im Sinne einer stärkeren Abneigung gegen den EVG-Vertrag zu beeinflussen und zum anderen die Bermuda-Konferenz, wenn sie trotz dieses Schachzuges der Sowjets stattfinden sollte - woran kaum zu zweifeln ist - mit neuen Tatsachen zu belasten und ihr Ergebnis zu entwerten. Diese Konferenz sollte nach

den Willen ihrer Einberufer eine verstärkte Betonung der westlichen Solidarität als Antwort auf die überwiegend negative vorletzte Moskauer Note sein. Dadurch, daß die Russen am Vorabend dieser Konferenz sich plötzlich entgegenkommender zeigen als bisher, soll die Zusammenkunft der drei westlichen Regierungschefs in der Bedeutung geschmälert und in der Zielsetzung infrage gestellt werden. Dies jedenfalls ist eine der häufigsten Interpretationen.

Wenn eine Reihe von westlichen Äußerungen den Versuch "Einfluß zu nehmen" von vornherein als Störungsmanöver ablehnen, so ist doch wohl der Hinweis darauf erlaubt, daß die versuchte Einflußnahme auf Entschlüsse eines Gegenspielers zum Wesen jeder Außenpolitik gehört und an sich zugestanden werden muß. Die Westmächte haben selbst immer wieder gesagt, daß sie die Tür zu Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht zugeschlagen wissen wollen. So müßten sie es eigentlich begrüßen, wenn auch Moskau durch die letzte Note den gleichen Willen unterstreicht. Sollte sich herausstellen, daß die Sowjetunion tatsächlich ohne Vorbehalte zu einer Vierer-Konferenz bereit ist, so läge für die Westmächte ein Anlaß vor, diesen Verhandlungswillen ernsthaft zu prüfen und möglicherweise gewisse Lieblingsvorstellungen ihrer Deutschlandpolitik aufzugeben. Als einer der ersten unter den maßgebenden Persönlichkeiten der westlichen Welt hat sich wieder der Bundeskanzler geäußert, der, ohne den genauen Text der Note zu kennen, die absolute Forderung nach konsequenter Fortsetzung der europäischen Integrationspolitik erneuert und in den Vordergrund gestellt hat.

Ohne Zweifel hat Churchills Initiative vom 11. Mai 1953 neuen Auftrieb erhalten. Was den anderen maßgeblichen Mann der westlichen Welt, Präsident Eisenhower, anlangt, so hat er dieser Tage öffentlich erklärt: "Jene, die allein in der militärischen Stärke den Frieden suchen, sind verurteilt, in der Agonie des Schlachtfeldes zu enden. Es gibt keinen Frieden, aufgebaut allein auf Panzern, Kanonen, Flugzeugen und Bomben - auch nicht mit den schrecklichsten Vernichtungswaffen, die die Wissenschaft erfunden hat". Eisenhower erklärte dies bei der Verleihung des Ehrendoktors der katholischen Universität Washington an ihn. Das sind in jedem Fall gute Worte, besonders sind sie es in diesem Augenblick.

+ + +

Parteien, Gruppen und Grüppchen

G.S.-Paris, Ende November

Demjenigen, der sich nicht professionell damit befaßt, wird es schwer fallen, eine klare Unterscheidung zwischen den zahlreichen Parteien, Gruppen und Grüppchen zu treffen, die sich in Frankreich die Gunst der Wähler teilen. Die Initiellensuche hat ein Ausmaß angenommen, das es sogar dem Durchschnittsfranzosen nicht mehr gestattet, eine Unterscheidung zwischen ARS, URAS, MRP, SFIO, Bauerngruppe, Unabhängige, Unabhängige Republikaner, usw. zu treffen. Das Höchstmaß der Verwirrung wurde bei der letzten EVG-Debatte im Parlament erreicht, wo sich in jeder Partei die verschiedensten Tendenzen gegenüberstanden.

Die monolithischen Kommunisten (Initialen: P.C.) werden von dem halbgelähmten Generalsekretär Maurice Thorez und von dem ehemaligen Baueckergesellen Jacques Duclos (dieser Sekretär der Parlamentsfraktion) geleitet. Daß diese Partei bedeutend einflußreicher ist als die Kohorte Reimanns ist bekannt; und ansonsten wäre über die französischen Kommunisten kaum etwas anderes auszusagen als über ihre ausländischen Brüder.

Die Sozialistische Partei (Initialen: SFIO, d.h. französische Sektion der Arbeiterinternationale) verfügt mit 105 Abgeordneten über die stärkste Fraktion im französischen Parlament, was allerdings nicht bedeutet, daß sie im Lande über die größte Stimmenzahl verfügt, das Wahlgesetz hat sich zugunsten dieser Partei ausgewirkt. Ihr Generalsekretär ist Guy Mollet, Bürgermeister von Arras. Er ist Anhänger des EVG-Vertrages, in welcher Frage seine großen Gegenspieler fünf ehemalige Minister sind: Jules Moch, Daniel Mayer, Robert Lacoste, Max Lejeune und Pierre Lapiro. Die EVG-Frage ist in dieser Partei zum großen Streitproblem geworden, und der frühere Innenminister Jules Moch behält sich sogar das Recht vor, bei der Ratifizierung des EVG-Vertrages keine Fraktionsdisziplin anzuerkennen.

Die volksrepublikanische katholische Bewegung (Initialen: MRP) steht fast geschlossen zum EVG-Vertrag: ihr gehört Außenminister Bidault, der frühere Außenminister Robert Schuman und Teilgen an, der "europäischste" aller Franzosen; nur eine kleine, den christlichen Gewerkschaften nahestehende Gruppe von Abgeordneten dieser Fraktion tritt heftig gegen den EVG-Vertrag auf. Der MRP wird häufig als Partei "des Vatikans" bezeichnet.

Die "Bauerngruppe" (keine Initialen, eine Wohltat) wird im Parlament fast ausschließlich von... Rechtsanwälten vertreten. Die Fraktion, die im Grunde die Interessen der reichen Landwirte vertritt, gehört der gegenwärtigen konservativen Regierungsmehrheit an: ebenso wie die "Union der demokratisch-sozialistischen Widerstandsbewegung" (Initialen: UDSR), die in ihren Reihen Verteidigungsminister Plevin und den früheren Staatsminister François Mitterand zählt: dieser ist der einzige Gegner des EWG-Vertrages, während die Fraktion für die "europäische Armee" eintritt.

Bei den "Radikalen" wird die Angelegenheit komplizierter: ihre Chefs, Kammerpräsident Herriot und der frühere Ministerpräsident Daladier, sind energische Gegner des EWG-Vertrages, während eine knappe Mehrheit der Fraktion dafür ist. Die Partei hat eine liberale Vergangenheit (nahm im Jahre 1936 an Léon Blums Volksfrontregierung teil) und eine konservative Gegenwart, wenn man sich so ausdrücken darf.

Die "Unabhängigen" (Ministerpräsident Laniel und der frühere Ministerpräsident Pinay als geistige Führer) repräsentieren das konservative Bürgertum und recht eigentlich die französischen Industriekreise. Gegner und Anhänger des EWG-Vertrages stehen sich in dieser Fraktion in heftigem Kampf gegenüber. Pinay, Anhänger des EWG-Vertrages, aber mit großen Einschränkungen, hat große Aussichten, wieder französischer Ministerpräsident zu werden.

Bei den Gaullisten hat sich die Sache insofern kompliziert, als General de Gaulle seine frühere Parlamentsfraktion desavouiert hat. Es bestehen jetzt zwei ehemalige gaullistische Fraktionen im Parlament: die "Unabhängige republikanische Aktion" (Initialen: ARS), deren Chefs General Billotte, scharfer Gegner des EWG-Vertrages) und Staatsminister Barrachin sind. Es handelt sich da um eine erkonservative Fraktion, der de Gaulle zu "revolutionär" war: man fragt sich immer noch, warum diese Fraktion sich nicht mit den Unabhängigen Pinayscher Observanz zusammenschließt, mit denen sie in allen Fragen einig geht.

Die zweite "ehemalige" gaullistische Fraktion, "Republikanisch Soziale Aktion" (Initialen: URS-unabhängig) versucht immer noch, der General die Treue zu halten, obwohl de Gaulle schon deshalb nichts von ihr wissen will, weil sie Minister in die Regierung entsandt hat, wo diese eine heftige Opposition gegen den EWG-Vertrag betreiben. Bis

zu ihrem Austritt aus der Regierung ist es übrigens nur eine Frage der Zeit. Ihre Führer sind Soustelle und Gaston Palewski, die dem General weiterhin große Verehrung bezuegen.

Schließlich tagen in diesem bunten französischen Parlament noch einige Grüppchen, die Abgeordnete aus Übersee und einige eigenwillige Persönlichkeiten zusammenfassen, die sich keiner Parteidisziplin beugen wollen. Unnötig, zu betonen, daß in fast keiner Frage (von den Kommunisten und Sozialisten abgesehen) jemals Einstimmigkeit über irgendeine im Parlament aufgeworfene Frage herrscht...

+ + +

Rendez-vous im Steuerdschungel

Dr. W. "Das Leben ist viel zu ernst, um darüber ernsthaft zu sprechen" (Oscar Wilde), so könnte man über das 157. Mittwochsgespräch im Kölner Bahnhof schreiben, das vom Steuerdschungel handelte. Der Kölner Finanzwissenschaftler, Prof. Günther Schmölders, berichtete über eine kürzliche Expedition in diesen Dschungel mit fünfzig Teilnehmern und Terhalle als Expeditionsleiter. (Kommission für große Steuerreform). Da sei ihnen die Riesenschlange "Einkommensteuer" begegnet, wie eine boa constrictor oder besser confiscator. Sie habe sich in 100 Jahren ver Hundertfacht. Ihr Leib sei heute ohne jede Proportion, stattdessen aber von starker Progression. "Wir haben ihr seit 1948 schon einige Köpfe abgeschlagen". Sie habe aber viele Windungen behalten, durch die sich nur sehr Wendige hindurchschlängeln könnten. "Wir hoffen jedoch, sie begradigen und ihr Gewicht beschränken zu können".

Als besonders giftige Schmarotzer-Pflanze stellte Schmölders die Körperschaftsteuer hin, die mit ihrer Doppelbesteuerung alle Früchte des Urwaldes (die Ware) mit dem giftigen Gallert der Preiserhöhung überziehe. "Wir hätten sie gern ganz ausgerottet, ist uns aber nicht gelungen".

Spesentrauben - so hoch wie möglich

Auf ihrer Expedition seien sie an eine Stelle gekommen, wo ehemals das Paradies lag mit dem Apfelbaum der Spesenäpfe. "Wir haben diese Früchte so hoch gehängt, daß ein gewöhnlicher Fußgänger nicht mehr drankommt". Finanzminister Schäffer habe an dem Baum der Erkenntnis (Selbsterkenntnis?) mit dem Angemessenheitsmesser okuliert. Schmölders: "Wir wollen den Spesenapfel so hoch hängen, daß ein Sündenfall nicht mehr möglich ist". Wir möchten demgegenüber noch einen Schritt weitergehen und vorschlagen, daß die Spesentrauben so hoch gehängt werden,

daß man selbst vom Mercedes 300 aus nicht mehr dranreichen kann und sie daher für sauer hält. Denn auf den Fußgänger kommt es doch in erster Linie an, der seine Schlenabnutzung nicht über Unkosten abbuchen kann.

Auch die Umsatzsteuer sei in der heutigen Form ein Allphasen-Sumpf. Durch die Umsatzbesteuerung in jedem Produktionsstadium werde sie zur Mehrfach-Besteuerung und führe infolgedessen zu Wasserkopfbildungen (Trust und Konzerne). Dagegen schlug Schmölders die einmalige Netto-Umsatzsteuer vor, um die Steuermühle am reißenden Strom und nicht an der tröpfelnden Quelle anzusiedeln. Selbst wenn es ein Rauschen im Blätterwald (Presse) gäbe, sei die Reklame-Steuer zu erwähnen.

Aus dem Steuerdschungel herauszufinden, sei nicht leicht. Es gäbe da einen Ariadnefaden, den Haushaltsplan. Der aber sei zu lang (35 Mrd.) Außerdem sei er brüchig (außerordentlicher Haushaltsplan). Auf alle Fälle müsse er gekürzt und besser gezwirnt werden. Wir fürchten, daß, wenn erst einmal der Minotaurus Remilitarisierung im Steuerlabyrinth erscheint, der Faden sehr viel dicker und länger werden wird, so lang wie unsere Gesichter dann sein werden.

Die Theologie vom Heiligen Eigentum

Spaß beiseite: Schmölders ist für eine Einschränkung (oder gar Abschaffung?) der Einkommenssteuer, die längst vorwiegend vom Verbraucher im Preis bezahlt werde. Er ist stattdessen für eine reformierte und sozial gestaffelte Umsatzsteuer. Reform durch Trockenlegung des kumulierenden Allphasen-Sumpfes. Dafür spricht immerhin, daß sie im Kalenderjahr 1952 mit 8,1 Mrd. Ertrag die Lohnsteuer mit 7,3 Mrd. überrundet hat.

Die Debatte erging sich in pseudochristlicher Theologie vom Heiligen Eigentum, das zu schützen sei. Wo steht das übrigens? Etwa bei Thomas von Aquin, der Steuern "erlaubte Fälle des Raubes" genannt hat? Ein anderer wollte in Steuerdschungel Karl Marx begegnet sein, der eine höhnische Freude an unserem heutigen Steuerdschungel gezeigt habe. Auch die sturste Marx-Theologie dürfte für solche Steuer-Frömmigkeit keine Anhaltspunkte bieten. Als ob der Steuerriskus sozialistisch wäre! (Die Sowjetunion zieht übrigens Zweidrittel ihrer Einnahmen aus der Umsatzsteuer, was weder sozialistisch, noch marxistisch, sondern ein Beweis ihres Staatskapitalismus ist).

Wie aufs Stichwort meldete sich auch der Reprivatisierungsvorschlag eines Ausverkaufs der öffentlichen Wirtschaft. Ist es am Ende unchristlich, Wasser, Strom und Energie aus Betrieben der öffentlichen Wirtschaft zu beziehen?

Moralisch ist die öffentliche Steuerpolitik übrigens nicht. Sie gestattet dem reisenden Geschäftsmann, die Reisespesen für seine "Privatssekretärin" abzusetzen, für seine angetraute Frau jedoch nicht. In Japan kann man sogar den Besuch einer Geisha von den Steuern absetzen.

Bewegte weibliche Klagen über die steuerliche Nicht-Gleichberechtigung der Frau tröstete der Diskussionsleiter mit dem neuen Familienministerium. Sollte deshalb der Herr Bundesfinanzminister dem Familien-Ministerkollegen gram sein, weil er von ihm eine Beeinträchtigung seines Steueraufkommens befürchtet?

Der Steuerdschungel ist nicht zu leugnen. Also: Buschmesser her! Einverstanden, wenn das Buschmesser die "freie Marktwirtschaft" zugunsten einer wirklich und nicht nur dem Namen nach "sozialen Marktwirtschaft" beschneidet. Unbeschneitten würde sie, wie wir fürchten, fortzeugend Böses gebären. Denn: Das ist der Fluch der bösen Tat, daß man vom Liebsten, das man hat (freie Marktwirtschaft) fortzeugend Böses (neue Steuerlianen) muß gebären.

+ + +

Selbstüberprüfung der Ost-CDU.

(sp) Der politische Ausschuss der Ostzonen CDU-Leitung hat beschlossen, im Dezember eine neue Überprüfung sämtlicher Mitglieder der CDU vorzunehmen. In unterrichteten Kreisen war diese Maßnahme unter der Hand schon vor einiger Zeit angekündigt worden.

Es handelt sich dabei um das schon in früheren Fällen beobachtete analoge Vorgehen der CDU-Führung in der Sowjetzone zu Überprüfungs- und Säuberungs-Aktionen in der SED, die nun einmal nach den politischen Gegebenheiten für alle anderen Parteien und Massenorganisationen in der SBZ beispielgebend ist. CDU, LDP und NDP (Nationaldemokraten) sind im Verhältnis zu ihrer großen Schwester, der SED, genau so Satellitengebilde wie es die Volksdemokraten einschließlich der DDR mit dem Blick auf die Sowjetunion sind. Möglich ist auch, daß ein entsprechender sedistischer Druck auf die Ostzonen CDU-Leitung bei diesem Entschluß nachgeholfen hat.

Der allgemeine Gesichtspunkt, unter dem die Überprüfung stattfinden soll, ist selbstverständlich der der "politischen Zuverlässigkeit", wobei im einzelnen natürlich sehr verschiedene Maßstäbe angelegt werden können.

Natürlich stellt sich auch dieser Schritt als eine Fernwirkung des Aufstandes vom 17. Juni dar. Sie tritt verhältnismäßig spät ein, weil das Schwergewicht der damaligen großen und der anhaltenden geringeren Aktivitäten gegen das System der Sowjetbeauftragten in Deutschland ganz gewiß nicht bei der Ost-CDU gelegen hat bzw. SED liegt.

Verantwortlich: Peter Rannau